

Gleich lange Spiesse gefragt

Podium zum Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU

Von Markus Vogt

Basel. Der Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz beschäftigt die Behörden und die Wirtschaft der Region Basel enorm – je nach Ausgang könnten die Folgen für die Region Basel einschneidend sein. Zu dieser Herausforderung organisierte der Efficiency Club Basel zusammen mit der Regio Plattform (Handelskammer, Regio Basiliensis, Starke Region, Forum Regio Plus) eine Veranstaltung, an der die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog die Gelegenheit wahrnahm, das Thema aus der Sicht des Kantons Basel-Stadt darzulegen. Danach diskutierte sie – gegen 200 Personen trafen sich im Bildungszentrum 21 – mit Nationalrat Thomas de Courten (Leiter Wirtschaftsförderung Baselland), Peter Eisenring (Leiter Steuern und Versicherungen bei Roche), Armin Marti (Leiter Steuer- und Rechtsberatung bei PricewaterhouseCoopers Schweiz) und Thomas Staehelin (Präsident Handelskammer beider Basel). Fazit: Nichts tun kann sich die Schweiz nicht leisten, aber die Schweiz sollte sich nicht einfach dem Druck der EU beugen, sondern neue Wege suchen, etwa den mit Innovationsboxen.

Für den Kanton Basel-Stadt ist es ein grosses Anliegen, die sogenannte Innovationsbox im neuen eidgenössischen Steuerharmonisierungsgesetz zu verankern, erklärte Regierungsrätin Eva Her-

zog in ihrem einleitenden Referat. Das Ziel dieses Anliegens: Die Schweiz und ihre Kantone sollen gleich lange Spiesse haben wie die Konkurrenz in der EU. Die Reform sollte aber nicht überladen werden, findet Herzog.

Die Bundessteuern sollten nicht gesenkt werden, erklärte sie weiter: Täte man dies, würden dem Bund die nötigen Einnahmen für den notwendigen Ausgleich fehlen. Die betroffenen Kantone sollten sodann eine zielgerichtete Kompensation erfahren: Ausbau des soziodemografischen Lastenausgleichs, Erhöhung des Kantonsanteils an der Bundessteuer, allenfalls sei ein neuer Härteausgleich zu finden.

Ein Problem der ganzen Schweiz

Innovation werde immer wichtiger, sagte Eva Herzog mit Blick auf die Wertschöpfung in unserer Region, die besonders innovationsintensiv sei. Misst man die Schweizer Unternehmen an ihren Patentanmeldungen, so finden sich fünf hiesige Unternehmen unter den ersten zehn Plätzen, Roche (1) und Novartis (2) zuvorderst, dann Syngenta (4), Clariant (6) und Endress und Hauser (9). «Unsere Region ist ein starker Innovationscluster», stellte Herzog fest.

Ob wegen des Steuerstreits mit der EU Gefahr für den Standort Basel droht? Eva Herzog warf einen Blick auf die Besteuerung der Statusgesellschaften (Holdingsgesellschaften, Domizil-

gesellschaften, Gemischte Gesellschaften). Die Statusgesellschaften sehen sich zunehmendem Druck von EU, OECD und G-20 ausgesetzt, sie werden sich nicht auf Dauer halten lassen. Dank dieser Gesellschaften sind die Schweizer Wirtschaftszentren heute steuerlich sehr wettbewerbsfähig. Ohne sie wären die Wirtschaftszentren unseres Landes in Bezug auf Innovationserträge steuerlich nicht mehr gleich attraktiv. Das Ganze sei nicht nur ein Problem für Basel-Stadt: Arbeitskräfte nehmen die Einkommen mit in ihre Wohnorte und werden dort besteuert, Unternehmen in Zentren vergeben zahlreiche Aufträge ins Umland.

Jetzt die Gewinnsteuern auf effektiv rund 12 Prozent zu senken, sei nur scheinbar ein Lösungsansatz. Basel-Stadt müsste bei einer solchen Steuer senkung unter dem Strich wohl Ausfälle in der Grössenordnung von rund 350 Millionen Franken hinnehmen.

Bleibt die Idee, für die sich Eva Herzog starkmacht: Die Innovationsbox. Erträge aus Immaterialgütern, die massgeblich auf Innovation beruhen, sollen reduziert besteuert werden. Im Vergleich zu einer generellen Steuer senkung ergeben sich so weniger Steuerausfälle. Herzog wies darauf hin, dass elf EU-Staaten bereits eine Innovationsbox oder etwas Ähnliches kennen, darunter Grossbritannien, die Beneluxstaaten, Frankreich und Spanien.



Wie viele Steuern sollen es sein? Dazu diskutierten (v.l.n.r.) Thomas Staehelin (Präsident Handelskammer beider Basel), Thomas de Courten (Nationalrat und Leiter Wirtschaftsförderung Baselland), Regierungsrätin Eva Herzog, Franz Saladin (Moderator), Armin Marti (PricewaterhouseCoopers) und Peter Eisenring (Leiter Finanzen und Steuern Roche). Foto Nicole Pont